

Bezugspreise:
Die halbe monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 M., durch die Post monatlich
8.25 M., vierteljährlich 24.75 M.
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlich, Zeitungsergebnis unter
Einschl. Zeitung eingetroffen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, Einschl. Zeitung ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1130, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Sammlungsanzeigen 40 Pf., Restan-
den 20 mm breite Milli-meterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtlich
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort:
6 11 1. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Drome-
nade 10, Or. Braunhausstr. 17.
Leben u. Geschäftsbüro: 2.50 Pf.
Hilfsstelle: 32 u. Markt 24
Postfach-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 410.

Halle, Freitag, den 2. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Unschuldslämmer.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn man jetzt einen Blick in die deutsche nationale Presse wirft, dann könnte man fast meinen, daß es kein unschuldigerer Geschöpf auf Gottes Erdboden gäbe, als unsere Unschuldslämmer. Sie beteuern übereinstimmend, daß sie den politischen Wortschwallöden und durchsichtigen für die Verteidigung kommt etwas zu spät. Wenn man die deutsche nationale Provinzpresse aus den Tagen unmittelbar nach dem Erzberger-Morde sich ansieht, so muß man leider Herrn Hergt mit harter Bestimmtheit erwidern, daß er erst nach den scharfen Maßnahmen der Regierung und nach dem Morde an Erzberger mit seinen Mißbilligungen auf dem Plan erschien. Vorher wütete ungeniert und ungehört die deutsche nationale Provinzpresse gemeinsam mit den Blättern des Herrn Bulla in Berlin und in trauriger Seelengemeinschaft mit den wöllischen Organen in Minden, Hamburg, Stuttgart, Gumbau usw.

Der deutsche nationale Parteisekretär W. Meron hat in der „Straßburger Zeitung“ vom 28. August geschrieben: „Eine Schrift hat ziemlich tiefen Eindruck gemacht. Die Rede der Mörder, der Ermordete ist Schuld!“ Was trifft im weitesten Maße auch auf Erzberger zu. Er war wohlwollend nicht Geist von unheimlicher politischer Tätigkeit hat unser Vaterland in Schmach und Schande gebracht.“ Schließlich wird in dem deutschen nationalen Blatte Erzberger noch als „Sumpfpflanze der Revolution“ und als „Judenfisch und feige von Natur“ hingestellt. Wie in Pommern, so in Ostpreußen. Die deutsche nationale „Deutscher Zeitung“ bringt in ihrem Nachruf auf Erzberger folgende Sätze: „Erzberger, den „Vielgeschickten“, hat das Schicksal ereilt, das ihm wohl die meisten national denkenden Deutschen gegönnt haben. Erzberger, ... hat den Lohn erhalten, der ihm als Vaterlandsverräter zutraf. Was man über politische Morde denkt, denn um einen solchen handelt es sich doch unabweislich, wie man will, so muß wohl die Mehrzahl des deutschen Volkes in diesen Augenblick aufstehen mit einem Gefühl der Erleichterung. ... Es mag roh und herzlos klingen, solche Worte einem Toten nachzurufen, aber durch Gefühlsduselei kommen wir nicht weiter. Das müssen wir sagen.“ — Heißt das nicht, den Mord offen propagieren?

Wie muß es fittlich bei Leuten bestellt sein, die einen solchen Grad von Gewissenlosigkeit aufbringen, diese Sätze wiederzuerzählen. Was sagt Herr Hergt dazu? Aber wir können ihm noch einige Beweise zu bieten und den vielen Irrenden liefern. In Neu-Paderborn in Oberschlesien hat der Fabrikant, ein deutschnationaler, im Lehrsitzimmer des Gymnasiums bei der Meldung über die Ermordung Erzbergers mitgeteilt: „Erzberger tut mir nicht leid; mir tut nur der Leib, der ihn erschossen hat.“ So denkt also selbst ein deutschnationaler Fabrikant! Sind es nicht moralische Abgründe in die man hier schauen möchte? Was tat die deutschnationale Partei bisher gegen eine solche fittliche Verurteilung ihrer Presse und ihrer Anhänger? Darauf möchten wir Antwort haben, Herr Hergt! Die Versicherung, daß sie alle, alle Unschuldslämmer gewesen seien, ist eine Behauptung, die ungewöhnlich dreist wirken muß, zumal von einem Manne, der als Parteivorstand längt verpflichtet gewesen wäre, diesem idiosyncratischen Treiben Einhalt zu gebieten.

Aber leider geht die Verkommenheit noch viel weiter. Die „Wiesfelder Turm-Zeitung“ berichtet, daß in der Grotenburg ein Konzert stattfand, als die Nachricht von dem Morde an Erzberger bekannt wurde. Eine Anzahl Nationalisten veranlaßte daraufhin die Konzertierende Kapelle einen Jubeltanz und „Deutschland, Deutschland über alles“ und „O, Deutschland hoch in Ehren“ zu spielen. Und es geschah unter dem tosenden Beifall rasender Nationalisten. Der Reichsfinanzminister Bauer, der frühere Kanzler, wollte bis vor kurzem in Riffingen. Er erzählt in einer Unterredung einem Mitarbeiter des „A. Z.“: „In diesem Orte hielten sich während meiner Anwesenheit fast ausschließlich deutschnational gesinnte Leute auf. Tagtäglich, wenn ich mit meinem Freunde Scheidemann zum Rummen ging, waren wir Gegenstand wüster und unsittlicher Beschimpfungen. Leider geschah dies in einer Art, daß die Betreffenden nicht zu fassen waren. Doch wurden die Beschimpfungen allmählich so hart, daß Scheidemann darauf verzichtete, seine gewohnten Spaziergänge zu machen. Als die Nachricht von der Ermordung Erzbergers eintraf, mußte ich sogar hören, daß zahlreiche Leute ihre Befriedigung über diese empörende Tat ausdrückten.“ Mit Recht sagt Herr Bauer weiter, daß alle diese Vorgänge die unschätzbare moralische Verminderung unserer rechtslebender Presse gegen. Es ist klar, daß man

bei solchen Erweisen, bei einem solchen Geisteszustand nicht mit gewöhnlichen Mitteln mehr auskommt. Aber diese Vorgänge zeigen auch zur Genüge, wie lächerlich es ist, wenn die deutschnationale Presse jetzt gekränkt verkennt, die Regierung wolle den „Geistlichen“. Nein, hier handelt es sich um einen Ungeheuer, wie er schlämmer nicht gedacht werden kann. Dagegen muß einmal mit dem scharfen Messer des Ausnahmeverfahrens vorgegangen werden. Es ist traurig genug, daß die deutschnationale Seitenverweigerung dazu zwingt. Herr Hergt und Herr Helfrich und allen denen, die jetzt die Unschuldslämmer spielen, muß unabweislich gesagt werden, daß sie erst dann wieder berechtigt sind, politisch zum deutschen Volk zu sprechen, wenn sie laut und vernehmbar von den geistlichen Erzeugnissen einer blutigen Propaganda abgerückt sind und es gegenüber den Blättern ihrer Partei, die Schande über sie gebracht haben, nicht an den nötigen Schritten haben fehlen lassen.

Auf der Suche nach den Griesbachern Mördern.

Blättermeldungen aus Stuttgart zufolge wurde in Tübingen ein Student verhaftet, der zur Zeit der Ermordung Erzbergers in der Gegend von Griesbach gewesen sein soll. Dem Verhafteten wurden Schießpatronen abgenommen.

Die Maßregeln gegen die Volkerverhetzung.

Die Süddeutsche Zeitung, die unter den verbotenen Blättern sich befindet, hat gleichfalls Einspruch gegen das Verbot erhoben. Da sie aber mit der Erfolglosigkeit ihres Einspruches rechnet, hat sie mit der ihr politisch nahestehenden Münch-Augsburger Abendzeitung vereinbart, daß diese Zeitung während der Dauer des Verbotes den Lesern der Süddeutschen Zeitung zugibt.

Der Verlag der Deutschen Zeitung hat gegen das Verbot, das der Reichsminister des Innern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen sie erlassen hat, den Beschwerdeweg bestritten und will darüber hinaus die für das Verbot verantwortliche Stelle in Anspruch nehmen.

„Berliner Volkszeitung“ und „Tag“ verboten.
Der Reichsminister des Innern hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August den Verl. Volkszeitung und den Tag auf die Dauer von 14 Tagen verboten, weil diese Blätter einen Artikel des Wiesbacher Anzeigers gebracht haben, in dem das gegen diese Zeitung ausgeprochene Verbot verhöhnt und die Reichsregierung mit Beschimpfungen überhäuft wurde.

Der Reichspräsident hat sich gestern mit der Zusammenkunft des nach § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August einzusetzenden Beschwerdeauschusses. Der Vertreter Bayerns gab dem Bayern und der Entlastung der Bayern und der Übertragung der bayerischen Regierung Ausdruck, daß der Verordnung eine fähigkeitsnahme mit den beteiligten Landesregierungen nicht ausgingen und begründete insbesondere die Zentralisierung der Verbote in Berlin und der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer erklärte, nur die absolute Dringlichkeit der Lage habe eine vorübergehende Stellungnahme unumgänglich gemacht, und wies darauf hin, daß die Verordnung sich nicht nur gegen bestimmte Parteien, sondern gegen alle richte, deren Verhalten den öffentlichen Frieden gefährde. Nachdem der Vertreter Sachsens betont hatte, daß seine Regierung mit der Tendenz der Verordnung übereinstimme, wurde der Beschwerdeauschuss nach dem Vorschlag des Reichspräsidenten gebildet. Zunächst fungieren die fünf Mitglieder des bisherigen Beschwerdeauschusses weiter. Nach vierzehn Tagen soll über Erhöhung der Zahlen auf 21 beraten werden.

Der Ausnahmezustand in Bayern.

Zu der Meldung, daß wegen der Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern zurzeit schon Verhandlungen zwischen der Regierung und der bayerischen Regierung stattfänden, erklärt die Deutsche Allgemeine Zeitung an zuständiger Stelle, daß bisher aus Berlin von betriebligen Verhandlungen noch nichts bekannt ist. Ebenfalls sei die Nachricht unzutreffend, daß es bereits fittliche, daß der Reichspräsident die Aufgabe des Belagerungszustandes in Bayern beabsichtige.

Dem Verl. Tagbl. zufolge ist anzunehmen, daß unmittelbar nach der heute früh erfolgten Rückkehr des Reichskanzlers die Beratung dieser Frage aufgenommen werden muß. Den Anlaß dazu bietet die Sitzung des sogenannten Ubergangsausschusses des Reichstages, der von seinem Vorsitzenden, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Werfch für heute einberufen worden ist mit der Tagesordnung: Der Ausnahmezustand in Bayern.

Wie wir aus München erfahren, sind der bayerische Staatsminister Schmeiner und der Führer der deutschnationalen Partei im bayerischen Landtag Dr. Dier nach Berlin abgereist, um den Verhandlungen über die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Bayern anlässlich des Ausnahmezustandes beizuwohnen.

Bayern protestiert.

München, 1. Sept. Die Koalitionsparteien des bayerischen Landtages: Bayerische Volkspartei, Bayerische Mittelpartei, Deutsch-demokratische Partei und Bayerischer Bauernbund erklären eine Kundgebung, in der sie auf die tiefste die verwerfliche Verhöhnung gegen Reichs- und Staatsregierung beklagen, ihren Absichten über die Ermordung Erzbergers auszudrücken und die Pflicht der Reichsregierung anerkennen, gegen Verhöhnung des Volkes und Verhöhnung und Beschädigung des Staates mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einzuschreiten. Inzwischen müsse die Abwehr gleichermäßen nach allen Seiten erfolgen. ... Die Koalitionsparteien weisen darauf hin, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und die Verletzung auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern einen tiefen Eingriff in den eigentlichen Charakter der Länder bedeuten und protestieren dagegen, daß den Entscheidungen der Reichsregierung ein Gebrauchsverbot mit der bayerischen Regierung nicht vorangehen. In jedem Falle die Koalitionsparteien die Reichsregierung ersuchen, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, die die Interessen des Reichs und Länder gleichmäßig gefährden können, weisen sie darauf hin, daß die Reichsregierung das feste Vertrauen haben dürfe, im bayerischen Volke stets einen zuverlässigen Bundesgenossen für den Schutz und verfassungsmäßigen Aufbau und Sicherheit im deutschen Lande zu haben. ... Die Koalitionsparteien geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung im Benehmen mit der bayerischen Staatsregierung doch noch einen Weg finden werde, die verfassungsmäßige Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten, ohne die staatliche Selbständigkeit der Länder zu vernichten.

Oberschlesien vor dem Völkerbundsrat.

Genau wie in den Zeiten der Pariser Konferenz über das Schicksal Oberschlesiens hat jetzt wieder, wo der Völkerbundsrat sein Gutachten erhalten soll, in der französischen Presse das große Misstrauen über das Ergebnis begonnen. Natürlich ist bei den ausgesprochenen Vermutungen meist der Wunsch Vater des Gedankens. So wird namentlich vielfach erzählt, daß sich Jübi auf den Standpunkt der Formalität gestellt habe. Eine Lösung, die den französischen Wünschen am meisten entsprechen würde, nachdem sich die Unmöglichkeit herausgestellt hat, den verfassungsmäßigen Polen ganz Oberschlesien zuzuschicken. Andere Blätter wollen wiederum wissen, daß der Vorstoß Boninis die Grundlage der Entscheidung bringen werde. In England scheint man dagegen an der Anschauung Lord Georges festhalten zu wollen, denn Smuts hat gerade jetzt wieder mit besonderem Nachdruck erklärt, daß das ganze britische Weltreich hinter Lloyd Georges stehe. ... In demselben Sinne ist jedoch nicht bekannt, da bisher strenges Stillschweigen beobachtet worden ist. Sicher scheint nur zu sein, daß die Hauptbeteiligten an der Frage, Polen und Deutschland nicht ausgeprochen werden sollen. Dagegen meinte ein englischer Berichterstatter, daß der Völkerbundsrat voraussichtlich eine kleine Kommission von Sachverständigen neutraler Länder ernennen werde die sich darüber schlüssig machen sollen, ob das obereschlesische Inhabereit teilbar ist oder nicht. Aber wie gesagt, alles das sind nur Vermutungen, aus denen nur eins leider sich mit Sicherheit herausziehen läßt, daß Teile von Oberschlesien jedenfalls Polen zuerkannt werden sollen. Es braucht nicht wiederholt zu werden, daß jede Lösung, die Oberschlesien nicht ungeteilt nach dem Ergebnis der Abstimmung Deutschland zufließt, den Sinn dieser Abstimmung fassen würde. Die Obereschler, auch diejenigen, die für Polen sich entscheiden haben, haben darüber ihre Meinung abgegeben, ob denn Oberschlesien politisch oder deutsch sein soll, nicht aber darüber, ob die Gemeinde, in der sie wohnen, dahin oder dorthin kommen soll. Weiter müssen wir uns aber auch gegen die in einzelnen französischen Zeitungen aufgetauchte Meinung wenden, der Völkerbundsrat suche eine Vermittlung zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt. Es wäre für den ganzen Völkerbund geradezu ein tödlicher Schlag, wenn er sich bei seinem Gutachten von politischen Erwägungen leiten ließe. Die Aufgabe des Völkerbundes ist es nicht, die Entente aufrecht zu erhalten. Die Idee des Völkerbundes ist die Schaffung einer moralischen Weltordnung. Der Völkerbundsrat würde dagegen verstoßen, wenn er Rechtsfragen politischen Augenblicksfortbriffen unterordnen würde.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungspflicht.

Der deutschnationale Abg. Eder v. Braun erklärt seine Kritik gegen die neuen Steuerentwürfe damit, daß Deutschland die übernommenen Wiedergutmachungspflichten doch nicht erfüllen kann. Im ähnlichen Sinne hat sich Graf Bethap ausgesprochen und hat zum des nächsten Jahres als den Zeitpunkt bezeichnet, wo sich die Unmöglichkeit herausstellen würde. Daß die Zeiten auf die Dauer für uns unerschöpfbar werden, wird wohl von niemand bestritten, auch von verlässlichen Volkswirtschaftlern auf der Gegenseite nicht. Die Erfüllung oder nicht zu verziehen, wäre ein großer Fehler. Nur wenn unsere Gegner handgreiflich merken, daß alle Versuche zur Wiedergutmachung trotz größter Anstrengung fruchtlos bleiben, besteht Aussicht auf Gewährung von Erleichterungen.

